



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes**
und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;

hier: Zuweisung an den Fonds zur Errichtung und zum Betrieb des Innovations-
zentrums des UN-Welternährungsprogramms in München
(Kap. 08 03 Tit. 614 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 08 03 wird der Ansatz im Tit. 614 01 (Zuweisung an den Fonds zur Errichtung und zum Betrieb des Innovationszentrums des UN-Welternährungsprogramms in München) von 1.130,0 Tsd. Euro um 1.130,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushalts 2023 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

In München hat im Jahr 2016 ein Innovationszentrum des UN-Welternährungsprogramms (WFP) eröffnet. München ist unter zehn möglichen Standorten weltweit für das Innovationszentrum ausgewählt worden, weil sich die Staatsregierung stark dafür eingesetzt hat. Im WFP-Büro an der Buttermelcherstraße arbeiten derzeit 20 Mitarbeiter.

Zusammen mit digitalen Gründern und Start-up-Unternehmen sollten dort innovative Lösungen entwickelt werden, um den Hunger in vielen Teilen der Welt effektiver bekämpfen zu können.

Die App „Share the Meal“ ist so ein Beispiel: Wer diese App auf seinem Handy hat, kann mit einem Klick eine Mahlzeit quasi teilen und mit nur 40 Cent am Tag ein Kind ernähren. Mehr als eine halbe Million Nutzer haben sie den Angaben des Entwicklers zufolge auf dem deutschsprachigen Markt heruntergeladen und insgesamt schon mehr als 6,5 Mio. Mahlzeiten „geteilt“.

Ein Großteil des Spendengeldes geht zurzeit nach Syrien und in die Flüchtlingslager der Nachbarländer.

Ein weiteres Beispiel ist die App namens „Nutri-Fami“, die Münchner Studenten in Bogotá programmiert haben. Diese APP soll helfen, Ernährungsgewohnheiten zu verbessern und so Mangelernährung vorzubeugen.

Nach den bisherigen Haushaltsplänen zu urteilen, wurde seit 2016 eine Gesamtsumme von ca. 7 Mio. Euro investiert. Diese Mittel wären besser aufgewendet worden, um direkt Nahrungsmittel in Krisengebiete zu liefern.

Stattdessen leisten wir uns den Luxus, Flächen im eigenen Land stillzulegen und sie so der Nahrungsmittelproduktion zu entziehen.

Studien zum geplanten Green Deal, u. a. des JRC, zeigen die Bandbreite möglicher negativer Auswirkungen auf.

Den Modellergebnissen zufolge würden bei Erreichung der EU-Ziele die landwirtschaftliche Produktion in der EU um 12 bis 15 Prozent schrumpfen, die Erzeugerpreise in der EU um 17 Prozent steigen und das Bruttoinlandsprodukt in der EU um 71 Mrd. Dollar (59,2 Mrd. Euro) sinken. Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung, des Ukraine-Krieges, weltweiter Dürren und Missernten wäre es im Hinblick auf die Welternährung sinnvoller, dieses fahrlässige Handeln zu stoppen, als irgendwelche Apps zu entwickeln.

Wir hatten in den letzten 10 Jahren in der EU zweimal niedrigere Weizenernten als für den menschlichen Verzehr benötigt wurden. Getreidespeicher reichen lediglich noch 10 Wochen. Landwirtschaftliche Flächen sind nicht beliebig vermehrbar, Flächen-Stilllegung in der EU ist daher nicht tragbar. Bei sinkenden Erträgen wäre die EU auf Importe angewiesen, nur woher sollen dann Importe kommen? Apps, die Kleinstspenden ermöglichen, sind angesichts der Unsummen, die Deutschland und die EU an Spendenaufrufen ermöglicht haben und im Vergleich zu den Summen der Entwicklungshilfe nur ein lächerlich kleiner symbolischer Beitrag.